

**Michael Hilpert**

14. Februar 2019

## CO<sub>2</sub> BESTEUERUNG? NEIN DANKE!

Wir kennen das schon! Für eine verfehlte Politik wird von den Verantwortlichen in Berlin stets das schlecht regierte Volk in Regress genommen. Besonders häufig erleben wir das auf dem weiten Feld der Energieversorgung. Ausbau der Erneuerbaren Energien, Ausstieg aus der Atomkraft, Stromnetzausbau oder jetzt Kohleausstieg – die unvermeidlichen Folgekosten einer irrationalen Energiepolitik tragen Steuerzahler und Verbraucher. Jetzt wird von der Politik das nächste Schreckgespenst losgelassen. Denn Deutschland wird seine selbst gesteckten Klimaziele verfehlen. 40 Prozent Treibhausgasreduktion sollten es 2020 werden (im Vergleich zu 1990). Schon heute ist klar, das geht schief. Der Klimaschutzbericht 2018 erwartet allenfalls 32 Prozent weniger Treibhausgase. CO<sub>2</sub> Besteuerung heißt das Zauberwort. So ganz neu klingt das zwar nicht mehr; wir kennen es schon im Kontext der fossilen Stromerzeugung. Jetzt aber geraten auch die fossilen Energieträger für die Wärmeerzeugung ins Blickfeld.

Da freuen wir uns als Heizungsbauer aber mächtig auf den Moment, wo wir unseren Kunden erklären müssen, dass sie für die neu installierte effiziente Gas- oder Ölheizung demnächst auch eine CO<sub>2</sub> Steuer entrichten müssen. Glaubt die Politik wirklich, sie könnte mit diesem Taschenspielertrick, den Heizungsbestand in Deutschland ohne weiteres Federlesen auf Erneuerbare Energien umstellen und die Lücke zum 40 Prozent-Ziel schließen?

Im Namen unserer Kunden, die ihre Häuser und Wohnungen mehrheitlich mit den fossilen Energieträgern Gas und Öl wärmen, sagen wir: das wird natürlich nicht funktionieren. Im Koalitionsvertrag eine steuerliche Abschreibung auf energetische Sanierungen versprechen und dann stattdessen mit der CO<sub>2</sub> Steuer um die Ecke kommen – das ist schon dreist. Zumal der fahrlässige Verzicht auf eine erfolversprechende Förderung von Heizungsmodernisierungen – und das ist in unseren Augen die Möglichkeit der steuerlichen Abschreibung – bei Nichteinhaltung der Klimaziele das Risiko mit sich bringt, von anderen EU-Staaten Emissionsrechte einkaufen zu müssen. Natürlich wieder zu Lasten der deutschen Steuerzahler.

Wir sagen deshalb: Nein Danke! Die Hauseigentümer in Deutschland brauchen als Anstoß für die Modernisierung ihrer Heizungsanlagen keine zusätzliche Steuerbelastung sondern eine Steuerentlastung. Getreu dem Motto: Fördern und nicht fordern. Das zahlt sich letztlich auch für Mieter aus, die die hohen Energiekosten tragen müssen. Und von denen werden gerade diejenigen überproportional durch eine Preissteigerung belastet, die in großen Wohnanlagen von Fernwärme abhängig sind. Dieser soziale Aspekt ist aus unserer Sicht ein weiteres schlagendes Argument gegen die Einführung einer CO<sub>2</sub> Bepreisung.

### Michael Hilpert ist Präsident des ZVSHK

Der Zentralverband Sanitär Heizung Klima (ZVSHK) ist die Landesorganisation von über 50.000 Handwerksbetrieben mit über 370.000 Beschäftigten. Der Jahresumsatz des Sanitär-, Heizungs- und Klimahandwerks lag 2018 bei 44,6 Milliarden Euro. Die 24.000 Innungsbetriebe erwirtschafteten mit ihren 215.000 Beschäftigten fast zwei Drittel des Gesamtumsatzes.

Portrait zum Download <https://www.zvshk.de/presse/medien-center/bilddatenbank/vorstand>